

Ilija Trojanow/Juli Zeh
Unfreie Aussichten

Ilija Trojanow

(* 1965) ist Schriftsteller, Übersetzer und Verleger. Er verfasste u.a. in den 90er Jahren Sachbücher und Reiseführer über Afrika und übersetzte Werke afrikanischer Autoren. 1996 erschien sein erster eigener Roman *Die Welt ist groß und Rettung lauert überall*. Der Autor wurde vielfach ausgezeichnet, u.a. 2006 mit dem Preis der Leipziger Buchmesse. Seit 2008 ist Ilija Trojanow zudem Herausgeber der Buchreihe »Weltlese. Lesereisen ins Unbekannte«.

Juli Zeh

(* 1974) ist Schriftstellerin und Juristin. Sie schreibt Reisetagebücher, Theaterstücke und Romane. 2001 erschien ihr Debütroman *Adler und Engel*. Sie wurde für ihr Werk vielfach ausgezeichnet, z.B. 2002 mit dem Deutschen Bücherpreis. Zuletzt erschienen *Schilf* (2007) und *Corpus Delicti* (2009). Juli Zeh mischt sich immer wieder in aktuelle Debatten ein und reichte z.B. 2008 Verfassungsbeschwerde gegen den biometrischen Reisepass ein.

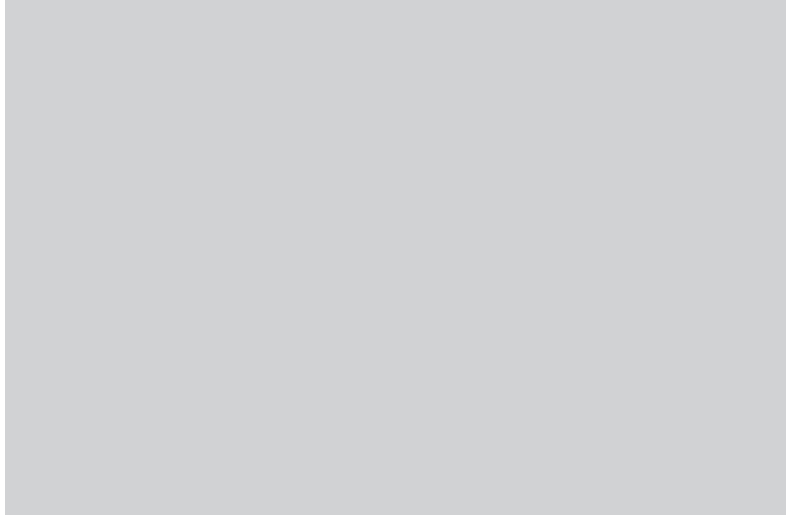
Neben dem Eingang zu dem Haus mit der Nummer 27 B am Canonbury Square im Norden Londons hängt eine Gedenktafel an der Wand. Hier lebte George Orwell bis zu seinem Tod im Jahre 1950, hier schrieb er das berühmte *1984*, seine Vision eines totalitären Überwachungsstaates. Canonbury ist eine ruhige Wohngegend – trotzdem sind im Umkreis von 200 Metern von Orwells einstiger Unterkunft 32 CCTV-Kameras (*Closed Circuit Television*, die Red.) montiert. Sie halten fest, wer vorbeigeht, wer stehenbleibt, wer George Orwells Räumen einen Besuch abstattet. Orwells geliebte Aussicht auf die baumbestandenen Gärten wird von zwei Aufnahmegeräten Tag und Nacht eingefangen. Die Rückseite des Hauses wird von zwei weiteren Kameras, die vor einem Konferenzzentrum postiert sind, erfasst. Und neben Orwells Stammkneipe *The Compton Arms* sorgt die Kamera einer Autovertretung dafür, dass gegebenenfalls nachgeprüft werden kann, wer den Pub

wann betritt und wann verlässt (in manchen Teilen Londons verlangt die Polizei die Installation von CCTV, bevor sie der Lizenz für eine neue Kneipe zustimmt). *Big Brother is Watching You* – einst als Slogan erdacht, um das neu erschienene *1984* zu bewerben, ist in George Orwells Heimatland mittlerweile Realität geworden.

Als die britische Regierung im Herbst 2008 eine umfassende Überwachung der gesamten Kommunikation ihrer Bürger beschloss, regte sich Widerstand von hoher und unerwarteter Seite. Das Oberhaus des Parlaments äußerte eine ungewohnt strenge Warnung: Großbritannien sei eine Überwachungsgesellschaft geworden, und dies müsse sich ändern.

Das House of Lords, für gewöhnlich als aristokratischer Blinddarm belächelt, hatte sich bis dahin nicht gerade mit staatskritischen Verlautbarungen hervorgetan. Um so beachtlicher war diese Intervention. Pointiert bemerkte ein Blogger: »You know your democracy might be in trouble when the Aristocracy is making good sense.« (Wenn die Aristokratie etwas Sinnvolles äußert, weißt du, dass deine Demokratie in Schwierigkeiten steckt).

In ihrem weitreichenden Gutachten stellen die Lords die wesentlichen Fragen in diesem Zusammenhang: Hat die Zunahme an Überwachung und Datenspeicherung das Verhältnis zwischen Staat und Bürger fundamental verändert? Wo befindet sich bei Überwachung und Datenspeicherung eine Grenze, die auf keinen Fall überschritten werden darf? Was für eine Wirkung haben



Überwachung und Datenspeicherung auf die Freiheit und die Privatsphäre des Bürgers? Reichen die bestehenden Gesetze aus, den Bürger zu schützen, oder bräuchte es einen gezielten Grundrechtsschutz vor Überwachung und Datenspeicherung?

Die Analyse gelangt zu einem verheerenden Fazit. Der Sicherheitswahn der letzten Jahre stelle die größte Gefahr für die britische Demokratie seit dem Zweiten Weltkrieg dar. Mehr als vier Millionen Kameras seien im Einsatz; 7 % der Bevölkerung würden schon in der staatlichen DNA-Datenbank geführt. Lord Goodlad, der Vorsitzende des Verfassungskomitees des House of Lords, betonte, dass es keine Rechtfertigung für eine Kontrolle gebe, die dem Staat Detailkenntnis über jeden einzelnen Bürger verschaffen soll. Am Ende formuliert das Gutachten eine Quintessenz, die klarer nicht gefasst werden könnte: »Privatsphäre ist eine grundsätzliche Voraussetzung für individuelle Freiheit.«

Auf den ersten Blick ist es ermutigend, dass die Entwicklungen endlich einmal von einem anderen Staatsorgan als den Verfassungsgerichten kritisch beleuchtet werden. Bei näherer Betrachtung offenbart sich jedoch, dass auch das House of Lords nicht in der Lage ist, die politische Klasse zum Umdenken anzuregen. Das britische Innenministerium beeilte sich festzustellen, dass an den bestehenden Gesetzesvorhaben keinesfalls gerüttelt werde. Und die Pressesprecher der Sicherheitsfirmen ließen sogleich verlauten, ohne CCTV wären unsere Gesellschaften nicht mehr sicher.

Fatale Dynamik vermeiden

Von sich aus werden die Regierungen weder in Großbritannien noch bei uns ihre Stoßrichtung ändern. Denn was wir seit Jahren erleben, ist keine gezielte Bekämpfung eines vorübergehenden Problems (»Terrorismus«). Es handelt sich vielmehr um einen Paradigmenwechsel in existenziellen Fragen unseres

Zusammenlebens. Notwendig wäre also eine Grundsatzdebatte darüber, wie sich angesichts veränderter technologischer, wirtschaftlicher und politischer Bedingungen das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit ins Gleichgewicht bringen lässt. Was wir nicht hinnehmen dürfen, ist eine Salami-Taktik, mit der diese Abwägung stetig und einseitig zugunsten eines Kontrollzuwachses des Staates entschieden wird. In Großbritannien können wir heute schon beobachten, was uns auch hierzulande bald blühen wird, wenn wir die Entwicklungen weiterlaufen lassen. Es ist höchste Zeit, mit der irrwitzigen Überzeugung zu brechen, wir müssten auch bei uns englische oder amerikanische Überwachungsstandards erreichen, um nicht hinter den Trend zurückzufallen. Im Gegenteil gilt es, sich davon zu distanzieren. Ein Wettrüsten beim Thema Sicherheit erzeugt eine fatale Dynamik, die sich von den eigentlichen Problemen immer weiter entfernt – ein freiheitsvernichtender Teufelskreis.

Längst hat der Kontrollwahn den Bereich der Terrorismusbekämpfung verlassen und auch das Gesundheitswesen, das Steuersystem, die Arbeitnehmerverhältnisse, das Konsumverhalten und sogar das Alltagsleben auf der Straße erfasst. In Großbritannien benutzen lokale Behörden Anti-Terror-Gesetze

»Der Kampf gegen den Terrorismus neigt dazu, in einen Kampf gegen »sozialschädliches Verhalten« überzugehen.«

(nämlich den »Regulation of Investigatory Powers Act 2000«, RIPA), um Bürger auszuspionieren, die möglicherweise Müll auf die Straße werfen, Hundehaufen nicht vorschriftsmäßig entsorgen oder illegal Pizza verkaufen. Kinder werden beim Fußballspielen von staatlichen Kameras gefilmt, weil ihr Geschrei die Nachbarn belästigen könnte. Eltern werden ausge-

späht, um herauszufinden, ob sie ihre Kinder an einer Schule außerhalb des zugewiesenen Bezirkes anmelden. In der ersten Jahreshälfte 2008 wurden 867 Terror-Ermittlungsverfahren gegen Alltagssünder eingeleitet. Im Handumdrehen wird die »Terrorismusbekämpfung« zum scharfen Schwert in den Händen eines Recht-und-Ordnung-Spießertums, so als sei die beste Gesellschaftsform in einem Erziehungslager verwirklicht. Man sollte Bundeskanzlerin Angela Merkel ernst nehmen, wenn sie auch für Deutschland »null Toleranz« in puncto innere Sicherheit verlangt und diese »innere Sicherheit« schon durch weggeschmissenen Unrat, falsch parkende Autos und Anrempeln im Straßenverkehr bedroht sieht. Der Kampf gegen den Terrorismus neigt dazu, in einen Kampf gegen »sozialschädliches Verhalten« überzugehen. Spätestens dann lauert in jedem Bürger ein kleiner Terrorist, und die freie Gesellschaft geht dem Untergang entgegen.

More to come?

Das Ende der Fahnenstange ist noch lange nicht erreicht. Für die Zukunft bestehen jetzt schon vielfältige Bestrebungen der europäischen Staaten, den Bürgern weiter auf den Pelz zu rücken. Die Bundeswehr soll im Inneren eingesetzt werden, was zu einer endgültigen Vermischung von Gefahrenabwehr und Kriegsrecht führen wird. Unsere Bewegungen im Straßenverkehr sollen mit Hilfe der Mautanlagen überwacht werden. Die EU möchte für einen Zeitraum von 13 Jahren Informationen darüber speichern, welche Flugzeuge wir bestei-

gen und wohin wir fliegen. Ab dem Jahr 2011 wird die neue Steueridentifikationsnummer die Lohnsteuerkarte ersetzen, so dass für jeden einzelnen Bürger Daten zu Steuerklasse und Freibeträgen, zur Religionszugehörigkeit sowie zu Ehepartner und Kindern zentral erfasst werden können. So entsteht eine gigantische Datenbank über das Arbeitsleben eines jeden Arbeitnehmers. Zudem werden die bislang dezentral geführten Datenbestände der 82 Millionen in Deutschland gemeldeten Personen aus 5.300 Meldeämtern in einer Datei zusammengeführt. Das ist der Beginn eines historisch einzigartigen Bevölkerungsregisters und eines gewaltigen nationalen Datenpools.

Mit dem Vertrag von Lissabon kommt auch eine neue Qualität von EU-Sicherheitsvorschriften auf uns zu: Der neue EU-Vertrag wird das Ressort »Polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen« zu einer echten Kompetenz der Europäischen Union erheben. Schon jetzt wurden Maßnahmen wie der ePass und die Vorratsdatenspeicherung in Brüssel beschlossen. Wenn die neue Kompetenz Gültigkeit erlangt, gilt definitiv: *More to come*. Oder, wie der damalige EU-Ratsvorsitzende Rui Pereira das Motto der Brüsseler Sicherheitspolitik formulierte: »Wir brauchen ständig neue Maßnahmen.« In welche Richtung die Fortentwicklung der europäischen Sicherheit gehen soll, ist deutlich absehbar: Die von Wolfgang Schäuble mitgegründete »Future Group« der EU-Innenminister rät dringend, ein »gesamtheitliches Konzept« zu entwickeln. Hinter diesem Euphemismus verbirgt sich die Ideologie der Homeland Security, also ein Verwischen der Grenzen zwischen Polizei, Militär, Zivilschutz, Sicherheitsindustrie und anderen Akteuren, was mittelfristig zu einer Verschmelzung von innerer und äußerer Sicherheit führen soll. Der autoritäre Staat würde nicht lange auf sich warten lassen.

Vielleicht gibt es dann auch ein Wiedersehen mit dem Nacktscanner. Wer vorher schon einen haben möchte, kann eins der Geräte, die momentan im Keller des Europaparlaments verstauben, für 120.000 Euro pro Stück erwerben. Ausnahmsweise gab es Proteste, als die EU dazu ansetzte, an Flughäfen Nacktbilder von sämtlichen Passagieren anzufertigen. Politik und Medien hatten die Öffentlichkeit wohl nicht sorgfältig genug für die neue Idee (alles, was technisch möglich ist, soll zum Einsatz kommen) präpariert. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit ist noch nicht gesprochen.

Ein Kampf um Freiheit und Privatsphäre steht bevor

Wir wollen Sie warnen. Aber ohne einen Aufruf zum Handeln laufen Warnungen ins Leere. Trotz allem besteht genug Anlass für Optimismus. Wir haben erlebt, wie der Kalte Krieg zu Ende ging, wir können uns an die Unfreiheit der Menschen im Ostblock erinnern, wir haben Hoffnung gefasst auf ein friedliches Zusammenleben in unseren Breitengraden und in möglichst weiten Teilen der Welt. Die Demokratie ist kein Auslaufmodell, sie kann uns auch im gerade angebrochenen Informationszeitalter ein Leben auf der Grundlage von Freiheit und Selbstbestimmtheit garantieren, wenn wir sie nicht aufgeben. Doch leider ist auch eine gegenteilige Entwicklung denkbar. Wir wollen uns nicht in 20 Jahren dem Vorwurf stellen müssen, wir hätten es wissen und verhindern können. Wir wollen nicht die Frage beantworten, wie es denn gekom-

men sei, dass sich unsere Gesellschaften wie eine Horde entfesselter Halb-starker in einen Bandenkrieg hineinziehen ließen und darüber ihre Grundsätze vergaßen.

Es gibt keinen determinierten Ablauf der »Geschichte«. Jedem Schritt liegt menschlicher Wille zugrunde. Deswegen fordern wir Sie auf zu erkennen, dass uns ein Kampf um unsere Freiheit und unsere Privatsphäre bevorsteht, ein Kampf, der sofort beginnen muss, denn die Zukunft unserer Gesellschaft wird gegenwärtig verhandelt, ohne dass unsere Meinung gehört wird. Wollen Sie warten, bis Ihren Kindern bei der Geburt ein Chip ins Halsfleisch gepflanzt wird, der eine 16-stellige Personenkennzahl enthält und über Satellit zu orten ist (so wie es bei Ihrem Haustier, falls Sie eins haben, schon der Fall ist)?

Was Sie tun können? Sehr viel. Zunächst einmal können Sie Ihre eigene Einstellung überprüfen. Streichen Sie die Wendung »Ich habe ja nichts zu verbergen« aus Ihrem Wortschatz, denn wer nichts zu verbergen hat, der hat be-

reits alles verloren. Es ist gut, dass Sie etwas zu verbergen haben, und so sollte es auch bleiben. Verteidigen Sie Ihre Geheimnisse, sie gehören Ihnen.

Erliegen Sie nicht den simplen Freund-Feind-Schemata, die Ihnen tagtäglich aufgetischt werden. Sagen Sie nicht »die Moslems«, es sei denn, Sie möchten mit allen »Christen« über einen Kamm geschoren

werden. Stehlen Sie sich nicht aus der Verantwortung, indem Sie sich einreden, dass die Guantánamo-Insassen an ihrer Lage schon irgendwie selbst schuld seien. Misstrauen Sie verführerisch einfachen Erklärungen. Hören Sie nicht auf Menschen, die unsere friedliche Gesellschaft als »verweichlicht« und »hedonistisch« beschimpfen. Überprüfen Sie die Aussagen von Politikern auf ihren Tatsachengehalt, wenn Begriffe wie »Terrorismus« oder »Terrorverdächtiger« fallen, und verzichten Sie selbst auf Vokabeln wie »Kulturkampf« oder »clash of civilizations«. Distanzieren Sie sich von Panikmache und Skandallust.

Entwickeln Sie eine Sensibilität für den Wert Ihrer Daten und Ihrer Intimsphäre. Geben Sie nicht an jeder Supermarktkasse alles preis, nur um sich einen läppischen Rabattvorteil zu verschaffen, entblößen Sie sich nicht auf MySpace, nur um sich wichtig zu machen. Analysieren Sie, wie politische Parteien mit der Privatsphäre des Einzelnen umgehen, und überlegen Sie sich, welche von ihnen wählbar ist. Setzen Sie Ihren Bundestagsabgeordneten unter Druck, in dieser Frage Farbe zu bekennen. Machen Sie sich klar, dass ein Staat nicht »gut« ist durch das, was er darstellt, sondern höchstens durch das, was er tut.

Wir sind dabei, unsere persönliche Freiheit gegen ein fadenscheiniges Versprechen von »Sicherheit« einzutauschen. Die gegenwärtige Gleichgültigkeit im Umgang mit der Privatsphäre lässt ahnen, wie Staat und Konzerne in Zukunft über uns verfügen werden, sollten wir ihnen erlauben, noch umfassendere Instrumente der Kontrolle einzuführen.

Dann wird es allerdings zu spät sein zum Widerstand. Ein autoritärer Staat kann jeden Protest im Keim ersticken, mit Hilfe von Gesetzen, die heute verabschiedet werden, um uns angeblich zu schützen. Wehren Sie sich. Noch ist es nicht zu spät.

(aus: *Angriff auf die Freiheit. Sicherheitswahn, Überwachungsstaat und der Abbau bürgerlicher Rechte*. Carl Hanser Verlag, München 2009.)

»Wir sind dabei, unsere persönliche Freiheit gegen ein fadenscheiniges Versprechen von »Sicherheit« einzutauschen.«